



Aydan Özoguz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 71801

Fax 030 227 76567

E-Mail: aydan.oezoguz@bundestag.de

Berlin, 23. Februar 2010

Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht endlich abschaffen – der Bürgermeister muss zu seinen Worten stehen!

Anlässlich der anstehenden Abstimmung in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht am 25.02.2010 erklärt Aydan Özoguz, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Hamburg: „Der Optionszwang für Kinder von ausländischen Eltern, die zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, sie aber mit der Volljährigkeit wieder verlieren können, schadet der Integration und ist nicht zeitgemäß. Er gehört abgeschafft!“

Die Bürgerschaft stimmt über einen Antrag der SPD ab, der den schwarz-grünen Senat zu entsprechenden Initiativen im Bundesrat auffordert. Nach bisherigem Recht müssen sich über 12.000 junge Hamburger in den nächsten Jahren zum Eintritt der Volljährigkeit entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten wollen oder nicht.

Für Özoguz ist klar: „Der Entscheidungszwang verkennt die Lebenssituation der mit mehreren Staatsangehörigkeiten aufgewachsenen jungen Erwachsenen und kann zu schwerwiegenden Konflikten innerhalb der betroffenen Familien führen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft tut niemandem weh. Schon jetzt leben schätzungsweise über 2 Millionen mit doppeltem Pass ganz legal in Deutschland. Jeder Jugendliche sollte auch im Erwachsenen-Alter beide Pässe behalten dürfen!“

Zum Hintergrund: Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust, hatte beim diesjährigen Neujahrsempfang des CDU-Wirtschaftsrates ein engagiertes Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen den geltenden Optionszwang im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gehalten. Zum integrationspolitisch fatalen Entscheidungsdruck der hier geborenen jungen Deutschen mit Migrationshintergrund sagte von Beust wörtlich: „Viele wollen sich aber nicht entscheiden. Da schlagen zwei Seelen in ihrer Brust. Lassen wir doch beide Herzen schlagen! Wir brauchen die jungen Leute.“

Aydan Özoguz fordert deshalb: „Den Worten müssen endlich Taten folgen. Das sind wir den jungen Menschen schuldig, die einerseits in Deutschland aufgewachsen sind, andererseits aber auch eine erkennbare Verbindung zur Heimat ihrer Familie nicht aufgeben wollen. In der Bürgerschaft muss schwarz-grün jetzt Farbe bekennen!“

Bisher passte das politische Handeln von Schwarz-Grün in Hamburg überhaupt nicht zu dem flammenden Appell des Ersten Bürgermeisters: Im Jahr 2008 enthielt sich Hamburg im Bundesrat bei einer Initiative Berlins, die auf eine Abschaffung der Optionspflicht abzielte. Und im September 2009 wurde in der Hamburgischen Bürgerschaft eine SPD-Initiative (Drs. 19/3602) ohne Debatte und Ausschussberatung abgelehnt.